



Statistik der Gesetzgebung – 19. Wahlperiode

 Stand der Datenbank: 02.01.2019

1. Gesamtzahl der beim Bundesrat bzw. Bundestag eingebrachten Gesetzesvorhaben	205
Regierungsvorlagen	78
davon bereits vor Beginn der laufenden Wahlperiode dem Bundesrat zugeleitet	1
Gesetzesanträge von Ländern	47
davon bereits vor Beginn der laufenden Wahlperiode dem Bundesrat zugeleitet	3
Initiativen des Bundestages	80
2. Beim Bundestag eingebracht	178
Regierungsvorlagen	77
Initiativen des Bundesrates	21
Initiativen des Bundestages	80
CDU/CSU, SPD	7
CDU/CSU	1
SPD	3
AfD	21
FDP	13
DIE LINKE, Bündnis 90/Grüne	1
DIE LINKE	14
Bündnis 90/Grüne	20
3. Vom Bundestag in 1. Beratung behandelt	146
4. Vom Bundestag verabschiedet (Gesetzesbeschlüsse nach 2. und 3. Beratung)	67
Regierungsvorlagen	58
Initiativen des Bundesrates	1
Initiativen des Bundestages	8
CDU/CSU, SPD	7
CDU/CSU	1
SPD	0
AfD	0
FDP	0
DIE LINKE, Bündnis 90/Grüne	0
DIE LINKE	0
Bündnis 90/Grüne	0
Abspaltungen von Gesetzentwürfen auf der Grundlage von Ausschussempfehlungen (Bundestag oder Vermittlungsausschuss)	0
Vereinigungen von Gesetzentwürfen mit unklarem Schwerpunkt der Initiative *	0

5. Im Bundesrat behandelte Gesetzesbeschlüsse (2. Durchgang und Vermittlungsverfahren)	65
Zustimmungsversagungen	0
Gesetze, zu denen der Bundesrat Einspruch einlegte	0
6. Vermittlungsverfahren	
Gesetzesbeschlüsse des Bundestages, zu denen der Vermittlungsausschuss angerufen wurde	1
Gesamtzahl der Anrufungen des Vermittlungsausschusses	1
Anrufungen durch den Bundesrat	1
7. Verkündungen	58
als zustimmungsbedürftig verkündet	13
als nicht zustimmungsbedürftig verkündet	45
Regierungsvorlagen	49
Initiativen des Bundesrates	1
Initiativen des Bundestages	8
CDU/CSU, SPD	7
CDU/CSU	1
SPD	0
AfD	0
FDP	0
DIE LINKE, Bündnis 90/Grüne	0
DIE LINKE	0
Bündnis 90/Grüne	0
Abspaltungen von Gesetzentwürfen auf der Grundlage von Ausschussempfehlungen (Bundestag oder Vermittlungsausschuss)	0
Vereinigungen von Gesetzentwürfen mit unklarem Schwerpunkt der Initiative *	0

* Anzahl derjenigen zusammengeführten Paralleleinbringungen von Gesetzentwürfen der Bundesregierung und der Koalitionsfraktionen, bei denen unklar ist, wessen Entwurf weitergeführt worden ist.